

Statistik erst Ende 2022

## Der Bundesrat sitzt auf den Suizidzahlen: Jetzt muss die Begründung her

Gab es im Jahr 2020 mehr häusliche Gewalt in der Schweiz? Wir werden es in diesem März erfahren, sogar mit einer «Sonderanalyse». Haben sich mehr Schweizerinnen und Schweizer in dieser Zeit das Leben genommen? Wir werden es erst in zwei Jahren erfahren. Aber wieso?



Stefan Millius am 25. Januar 2021



Am 9. Dezember 2020 reichte der Berner SVP-Nationalrat Lars Guggisberg für die anstehende Fragestunde des Bundesrats eine Frage ein. Der Titel: «Auswirkungen von Corona-Massnahmen auf Psyche, Suizid-Rate und häusliche Gewalt». Guggisberg wollte wissen, wann die entsprechenden Zahlen veröffentlicht werden, sprich: Wann wissen wir, wie sich die Zahl der Suizide oder eben der häuslichen Gewalt in der Coronazeit entwickelt hat?

Der Bundesrat antworte am 14. Dezember 2020. Er verwies auf die Kriminalstatistik des Bundesamts für Statistik, was die häusliche Gewalt angehe. Jeweils im März publiziere man die Informationen des Vorjahres. Im März 2021 werden wir also wissen, wie sich dieser Wert verändert hat. Zudem sei sogar eine «Sonderanalyse» geplant, «mit der die Entwicklung der Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt während der 'ausserordentlichen Lage' von März bis April 2020 aufgezeigt werden soll. »

Da freut sich der Bürger: Volle Transparenz. Was allerdings nicht für das Thema Suizid gilt. Denn dazu lautet die Antwort der Regierung: «Die Suizidzahlen des Jahres 2020 werden im Dezember 2022 veröffentlicht.»

Richtig gelesen: **Ende 2022**. Also in knapp zwei Jahren. Erst Ende 2022 werden die Schweizerinnen und Schweizer erfahren, wie viele Menschen während der Zeit der Coronamassnahmen freiwillig in den Tod gingen. Erst dann wird man Vergleiche zur Vergangenheit ziehen können. Rund drei Jahre nach Beginn der Coronasituation.

Und das, während das Bundesamt für Gesundheit sonst jede und wirklich jede Zahl im Zusammenhang mit Corona laufend erhebt und herausposaunt.

Das Bundesamt für Statistik hält auf seiner Webseite unmissverständlich fest:

*«Das Bundesamt für Statistik BFS erfasst Suizide im Rahmen der Todesursachenstatistik und publiziert diese jährlich.»*

Und nun wird es zwei weitere Jahre keine Informationen geben. Wer das liest, fragt sich unweigerlich: Warum? Suizide gehören wie der Tod durch ein Gewaltdelikt oder einen Unfall zu den unnatürlichen Todesursachen. Die Behörden erhalten davon Kenntnis und erfassen sie. Die Zahlen werden also ohnehin laufend erhoben und nachgetragen, die Kantone haben sie, man muss sie nur zusammenführen und hat den gesamtschweizerischen Wert, den man danach bequem mit 2019 vergleichen könnte. Es ist bildhaft besprochen eine Excelübung.

Was heisst, dass man sehr wohl könnte, aber nicht will.

Warum das so ist, darüber schwieg der Bundesrat in seiner Antwort im Dezember 2020. Während er bei der häuslichen Gewalt zeitnah im März sogar eine detaillierte Analyse vorlegen wird, möchte er das Thema

Freitod gerne zwei Jahre aussitzen. Was die häusliche Gewalt angeht, liessen einige Kantone übrigens schon mehrfach durchblicken, dass 2020 kein absolut ausserordentliches Jahr war. Da sprechen wir also von Zahlen, die man wohl gefahrlos zeigen darf.

Nationalrat Guggisberg will mit dieser Antwort jedenfalls nicht leben. Er ist inzwischen mit einer Nachfrage bei Alain Bersets Gesundheitsdepartement vorstellig geworden und schreibt darin, dass diese lange Zeitspanne bis zur Bekanntgabe der Suizidzahlen «weder nachvollziehbar noch akzeptabel» sei. Er fragt deshalb, warum es so lange dauere, wie der Unterschied zur Statistik der häuslichen Gewalt zu erklären sei und ob es eine Chance gebe, dass die Suizidzahlen doch früher veröffentlicht werden.

Was Guggisberg zudem beschäftigt: «Wie will der Bundesrat zeitnah auf eine signifikante Erhöhung von Suizidzahlen reagieren - insbesondere wegen negativen Einflüssen von Corona-Massnahmen auf die Psyche -, wenn die Zahlen erst zwei bis drei Jahre später bekannt sind?» Da hat er einen Punkt. Gerade deshalb sind Regierungen und Behörden ja so scharf auf Statistiken: Sie erlauben es, signifikante Abweichungen zu erkennen und Massnahmen einzuleiten. Geht es um den Kampf gegen das Virus, wird das pausenlos getan, auf jede Verschiebung hinter dem Komma bei den Fallzahlen oder dem R-Wert wird sofort reagiert. Aber beim Thema Suizid möchte man möglichst lange warten, bis man Bescheid weiss.

Noch wartet der Nationalrat auf eine Antwort. Er ist übrigens nicht der Einzige, der es genauer wissen will. Der Ausserrhoder SVP-Nationalrat David Zuberbühler hat beim Bundesamt für Statistik eine ähnliche Anfrage deponiert.

Ob die Antworten darauf eine nachvollziehbare Begründung enthalten, wird man sehen. Für viele Massnahmenkritiker ist der Fall ohnehin klar: Sie gehen davon aus, dass die Suizidrate im Jahr 2020 überdurchschnittlich war, vielleicht sogar frappant. Dass das Ausnahmejahr mit seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen zu einem tieferen Lebensmut bei vielen Menschen geführt haben könnte, scheint recht wahrscheinlich. Aber eben: Das ist erzeit eine reine Annahme, Sicherheit schaffen können nur die offiziellen Zahlen.

Und Ende 2022, drei Jahre nach dem Beginn des Ganzen, sollen diese offiziellen Zahlen vorliegen. Was für den Bundesrat sehr praktisch wäre. Denn bis dann wäre natürlich auch die Aufregung um hohe Werte längst nicht mehr so gross wie genau jetzt.

Man sieht, mit Verlaub, höhnische Meldungen unserer Medien über die Informationspolitik von Nordkorea plötzlich in einem anderen Licht.